



Universität Hamburg

DER FORSCHUNG | DER LEHRE | DER BILDUNG

FAKULTÄT
FÜR WIRTSCHAFTS- UND
SOZIALWISSENSCHAFTEN

FAKULTÄT
FÜR RECHTSWISSENSCHAFT



RÄUME DER SICHERHEIT IN UNSICHEREN ZEITEN: EINE SICHERE STADT FÜR ALLE (SISTA)

DOKUMENTATION UND ERGEBNISSE

Zitiervorschlag: N. Perkowski, A. Epik, T. Louis und L. Reyes Pollak, Räume der Sicherheit in unsicheren Zeiten: Eine sichere Stadt für alle. Dokumentation und Ergebnisse, 2023.

Verweise auf Internetquellen wurden zuletzt am 1. November 2023 überprüft.

Titelbild und Grafiken © UHH; alle weiteren Bilder © SiSta-Team, UHH.

**Räume der Sicherheit in unsicheren Zeiten:
Eine sichere Stadt für alle (SiSta)**

Universität Hamburg

Prof. Dr. Nina Perkowski

Prof. Dr. Aziz Epik

Von-Melle-Park 5

20146 Hamburg



Das Projekt wurde gefördert durch die Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke der Freien und Hansestadt Hamburg im Rahmen der Landesinnovationsförderung.

INHALT

| | | |
|-----------|---|-----------|
| 01 | PROJEKTVORSTELLUNG | 1 |
| 02 | ZUM UMGANG MIT DEM BEGRIFF „SICHERHEIT“ | 1 |
| 03 | METHODE UND TOOLKIT | 2 |
| 04 | ÜBER DIE WORKSHOPS | 3 |
| 04.1 | Orte | 3 |
| 04.2 | Ablauf | 4 |
| 05 | AUSWERTUNGSPROZESS | 6 |
| 06 | ERGEBNISSE | 7 |
| 06.1 | Offene Workshops | 7 |
| 06.2 | Workshops An Schulen | 12 |
| 06.3 | Workshop für FLINTA* | 17 |
| 06.4 | Workshops in Kooperation mit StoP | 19 |
| 06.5 | Workshop in Kooperation mit der Lebenshilfe | 22 |
| 07 | HERAUSFORDERUNGEN PARTIZIPATIVER FORSCHUNG | 24 |
| 08 | FAZIT UND AUSBLICK | 26 |
| 09 | PROJEKTTEAM UND KONTAKT | 27 |

01 PROJEKTVORSTELLUNG

Wir leben in einer Zeit akuter, sich teilweise überlagernder Krisen. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat die europäische Friedensordnung ins Wanken gebracht, zugleich eine Energiekrise in Deutschland und Europa ausgelöst und die Inflation weiter angeheizt. In unseren Ballungszentren ist Wohnraum nicht nur knapp, sondern auch teuer; vielfach wird von einer Wohnungskrise gesprochen. Die Corona-Pandemie hat den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf die Probe gestellt und zu teilweise persistierenden Spaltungen geführt. Die Klimakrise stellt ihrerseits das ressourcen- und emissionsintensive westliche Lebensmodell grundlegend in Frage. Der Umgang mit ihr ist mit den Aktionen der „Letzten Generation“ wiederum zum gesellschaftlichen Reizthema avanciert. Seit geraumer Zeit erleben wir zudem eine Zuspitzung der politischen Auseinandersetzung, die auch vor falschen Tatsachenbehauptungen und Diffamierungen des politischen Gegners keinen Halt macht.

Die vielfältigen Krisen und – auch das gehört zum vollständigen Bild – medial zugespitzten Krisenerzählungen rufen Unsicherheit und Angst hervor, auch bei Hamburger:innen. Vielfach wird auf entsprechende Unsicherheitswahrnehmungen mit einem Ruf nach stärkerer Polizeipräsenz, konsequenterer Strafverfolgung und härteren Strafen reagiert. Es ist jedoch fraglich, ob diese Ansätze geeignet sind, die Ursachen von Unsicherheit und Angst tatsächlich zu adressieren. So führt eine verstärkte Polizeipräsenz oft nicht zu der erhofften Erhöhung von Sicherheit, sondern zu einer bloßen räumlichen Verdrängung. Hinzu tritt das Risiko, dass entsprechende Maßnahmen diskriminierende Praktiken fördern und Sicherheit auf Kosten marginalisierter Gruppen angestrebt wird. Auch härtere Strafen haben kriminologischen Studien zufolge keinen abschreckenden Effekt.¹

Vor diesem Hintergrund hat sich das Forschungsprojekt „Räume der Sicherheit in unsicheren Zeiten: Eine sichere Stadt für alle“ der Frage angenommen, wie eine sichere Stadt für alle Hamburger:innen realisiert werden kann, ohne zu stigmatisieren und auszugrenzen. Im Rahmen von zehn partizipativen Workshops in verschiedenen Hamburger Stadtteilen und mit verschiedenen Zielgruppen wurden zu diesem Zweck die Perspektiven der Hamburger:innen auf das Thema städtische (Un-)Sicherheit zusammengetragen und erörtert. Die vorliegende Broschüre dokumentiert die Vorgehensweise und die Ergebnisse des Projekts. Zugleich werden Herausforderungen für die Durchführung partizipativer Forschungsprojekte in Zeiten gesellschaftlicher Spaltungen adressiert.

02 ZUM UMGANG MIT DEM BEGRIFF „SICHERHEIT“

Der Begriff „Sicherheit“ ist höchst facettenreich und findet in verschiedenen Kontexten Verwendung. Eine abschließende und allgemeingültige Definition des Begriffs gibt es nicht, stattdessen gibt es in wissenschaftlichen Texten eine Vielzahl konkurrierender Sicherheitsbegriffe. Zudem ist in den letzten Jahren das Interesse daran gewachsen, wie Sicherheit von Bürger:innen im Alltag wahrgenommen wird. Denn Sicherheit wird kontext- und gruppenspezifisch anders verstanden und erlebt. Was einer Gruppe Sicherheit vermittelt, empfindet eine andere als bedrohlich. Im Rahmen der Workshops wurde deshalb bewusst darauf verzichtet, den Begriff „Sicherheit“ vorab zu definieren. Die Teilnehmer:innen wurden vielmehr motiviert, ihr eigenes Begriffsverständnis zu entwickeln und zu operationalisieren. So blieb Raum, um soziale Sicherheit, Sicherheit im öffentlichen Raum und im Straßenverkehr oder Sicherheit im sozialen Nahbereich als Diskussionscluster zu eröffnen, ohne dass die hergebrachten Assoziationen mit dem Begriff der Sicherheit außen vor blieben (siehe auch Abschnitt 8).

¹ Singelstein/Kunz, Kriminologie, 8. Aufl., Bern 2021, § 20 Rn. 12 und Rn. 15.

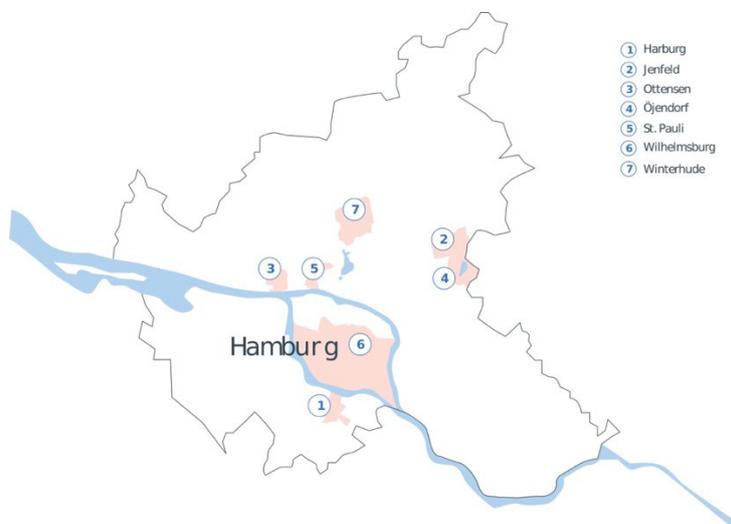
03 METHODE UND TOOLKIT

Das Projekt wurde als in Grundzügen partizipatives Forschungsprojekt konzipiert. Es hatte zum Anspruch, die Menschen, deren Lebenssituationen, Problemdefinitionen, Erfahrungen und Perspektiven es erforscht, möglichst eng in den Forschungsprozess einzubeziehen. Ein vollumfänglich partizipatives Forschungskonzept ließ sich innerhalb der Projektlaufzeit und mit den zur Verfügung stehenden Mitteln freilich nicht realisieren. Die systematische Einbindung der Teilnehmer:innen in den Prozess der Entwicklung der Fragestellung, der Datenerhebung, der Datenanalyse und -interpretation – wie dies in der partizipativen Forschung und einigen *Citizen Science* Projekten durchaus üblich ist – setzt eine mehrjährige Projektlaufzeit voraus. Eine solche ist eine Voraussetzung dafür, hinreichend gefestigte Kooperationen aufzubauen und die Teilnehmer:innen wiederkehrend einbeziehen zu können. Dennoch war es ein zentrales Anliegen des Projektteams, Hamburger:innen zu ermöglichen, ihre eigenen Interessen, Wahrnehmungen, Wünsche und offenen Fragen im Rahmen der durchgeführten Workshops in das Projekt einzubringen. Zu diesem Zweck war der offen gehaltene Sicherheitsbegriff zentral. Auch die Formulierung offener Fragestellungen, die vielfältige Assoziationen ermöglichten und den gemeinsamen Austausch mit Mitbürger:innen in den Fokus stellten, diente diesem Ziel. Zur möglichst engen Einbindung der Teilnehmer:innen wurde ein Workshopformat in Kleingruppen gewählt (zu den Workshops siehe Abschnitt 4). Als Toolkit für die Workshops, die Datenerfassung und erste Datenauswertung erwies sich das Ketso-Toolkit als geeignet. Ketso ist eine Methode, die im Rahmen von *participatory action research* entwickelt wurde. Das Wort „Ketso“ stammt aus Lesotho und bedeutet „Aktion“. Das Ziel der Methode, entwickelt von der britischen Soziologin Joanne Tippett, war ursprünglich, ländliche Gemeinden in Lesotho gleichberechtigt in die Planung neuer Entwicklungen und Verbesserungen für ihre Dörfer einzubeziehen. Bis heute besteht das Ziel der Methode darin, Menschen in Debatten zu gemeinsamen Fragen auf Augenhöhe zusammenzubringen. Dazu verwendet Ketso taktile und bunte Blätter, Zweige und Symbole sowie Phasen der Einzelreflexion, des Kleingruppenaustauschs und der Plenardiskussion. So werden die Teilnehmer:innen effektiv einbezogen und erhalten die Möglichkeit, vielfältige Perspektiven zu teilen. Ketso erlaubt es Forscher:innen, gemeinsam mit Studienteilnehmer:innen Wissen zu koproduzieren, Prioritäten zu identifizieren und konkrete Projektideen zu generieren. Die Methode fördert kollaboratives Denken, Partizipation und Engagement. Dazu enthält Ketso Materialien, die auf Tischen ausgebreitet werden können, um Ideen festzuhalten und kontextualisiert anzuordnen. So werden in verschiedenen Fragerunden unterschiedlich farbige Blätter an „Ästen“ einer präparierten Mindmap befestigt. Im Ergebnis entsteht ein Blättergebilde, das die diskutierten Themen visualisiert und sich anhand einer teils vorgegebenen, teils offenen Struktur entfaltet (zur Umsetzung in den Workshops siehe Abschnitt 4).



O4 ÜBER DIE WORKSHOPS

O4.1 ORTE



- | | |
|--|--|
| <ul style="list-style-type: none"> ▪ WILHELMSBURG ▪ OTTENSEN ▪ JENFELD ▪ HARBURG – PHOENIXVIERTEL ▪ STOP-WORKSHOP I ▪ WORKSHOP MIT DER LEBENSHILFE ▪ STOP-WORKSHOP II | <ul style="list-style-type: none"> ▪ WORKSHOP FÜR MENSCHEN MIT RASSISMUSERFAHRUNGEN ▪ WORKSHOP FÜR FLINTA* ▪ SCHULWORKSHOP I ▪ SCHULWORKSHOP II ▪ ST. PAULI |
|--|--|

Insgesamt wurden zwölf Workshops angeboten. Von diesen konnten zehn Workshops mit Teilnehmer:innen durchgeführt werden. Zwei Workshops (Wilhelmsburg, Workshop für Menschen mit Rassismuserfahrungen) konnten mangels Teilnehmer:innen nicht durchgeführt werden (zu den Herausforderungen der Teilnehmer:innenakquise siehe Abschnitt 7).

Vier Workshops fanden in Kooperation mit Praxispartner:innen statt. So konnten wir die StoP-Initiative gewinnen, gemeinsam mit uns zwei Workshops mit Menschen durchzuführen, die sich vielfältig gegen partnerschaftliche Gewalt engagieren. Die Lebenshilfe hat uns durch die Organisation eines Workshops für Menschen mit intellektuell-kognitiven Behinderungen unterstützt. Der Workshop auf St. Pauli wurde in Kooperation mit der GWA organisiert.

Die Workshops in Ottensen, Jenfeld, Harburg und St. Pauli waren als offene Nachbarschaftsworkshops gestaltet. Hier konnten Hamburger:innen ab 18 Jahren ohne Vorbedingung und ohne Anmeldung teilnehmen. Die Workshops an Schulen wurden mit Schüler:innen ab 16 Jahren durchgeführt. Ein Workshop richtete sich explizit an Menschen, die sich als FLINTA* identifizieren.² Dieser fand in Winterhude statt.

² FLINTA* ist ein Akronym, das verschiedene Geschlechtsidentitäten und sexuelle Orientierungen umfasst. Es steht für Frauen, Lesben, intergeschlechtliche Personen, nicht-binäre Personen, trans* Personen und Agender-Personen. Das * zeigt an, dass auch andere Geschlechtsidentitäten und Orientierungen eingeschlossen sind.

04.2 ABLAUF

In der Regel wurden die Workshops in je 120 Minuten durchgeführt. Anfänglich erfolgte eine Begrüßung der Teilnehmer:innen durch ein Mitglied des Moderator:innen-Teams, eine kurze Vorstellung des Projekts und der geplanten Vorgehensweise im konkreten Workshop sowie die Einladung, Rückfragen zu stellen. Anschließend wurden die Teilnehmer:innen in Gruppen von drei bis sechs Personen an Tischen platziert. An jedem Tisch war ein vorbereitetes Ketso-Set ausgelegt. Vier der sechs Äste des Ketso-Sets waren dabei vorab beschriftet („Räume“, „Tätigkeiten“, „Institutionen“, „Infrastrukturen“), während zwei Äste für die eigenständige Kategorisierung durch die Teilnehmer:innen frei blieben.



Im Anschluss wurden drei Fragerunden durchgeführt. In jeder Runde waren die Teilnehmer:innen angehalten, zunächst fünf Minuten über ihre eigenen Ideen und Vorstellungen nachzudenken und diese in Stichworten auf den Ketso-Blättchen zu notieren. Sodann sollten in einer weiteren Phase von fünf bis acht Minuten die eigenen Ideen der Kleingruppe vorgestellt und die beschrifteten Blättchen entlang dem am besten passenden Ast des Ketso-Sets platziert werden. In einer letzten Phase von ebenfalls fünf bis acht Minuten sollten die unterschiedlichen Ideen untereinander diskutiert werden. Die Fragen³ lauteten:

Erste Runde: „Wie könnte eine sichere Stadt für alle aussehen?“

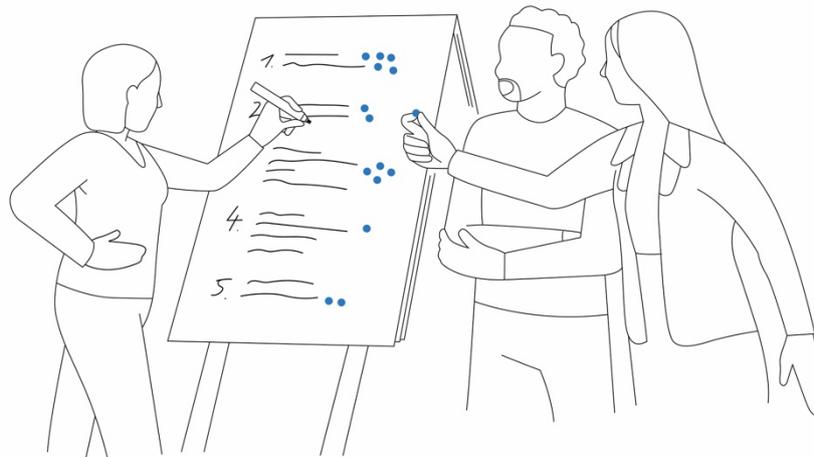
Zweite Runde: „Welche Elemente einer sicheren Stadt für alle gibt es bereits hier beziehungsweise in Hamburg?“

Dritte Runde: „Was braucht es noch? Und welche konkreten Maßnahmen sind dafür nötig?“

³ Die Struktur und Ausgestaltung der Fragen wich im Pilot-Workshop in Ottensen geringfügig ab. Der Fragenkatalog wurde aufgrund der ersten Erfahrungen in diesem Workshop angepasst.



Im Anschluss sollten aus den Antworten zur dritten Runde – also aus den vorgeschlagenen konkreten Maßnahmen – je drei Maßnahmen pro Tisch für eine Priorisierung ausgewählt werden. Diese wurden markiert. Ebenfalls markiert werden konnten kontroverse Punkte. Die für eine Priorisierung ausgewählten Vorschläge wurden sodann im Plenum zusammengetragen. Alle Teilnehmer:innen erhielten drei grüne Klebepunkte, die sie anschließend – kumuliert oder alternativ – auf die Vorschläge verteilen konnten. Auf diese Weise ließ sich ein Stimmungsbild des Gesamtworkshops einfangen.



Der Diskussionsverlauf an den Tischen wurde jeweils sorgfältig durch ein anonymisiertes Wortprotokoll dokumentiert; von den Ketso-Sets wurden jeweils Bilder angefertigt (zur Auswertung siehe Abschnitt 5).

05 AUSWERTUNGSPROZESS

Während der Workshops entstanden sowohl Mindmaps, die durch das Projektteam fotografisch dokumentiert wurden, als auch Protokolle, welche einen Überblick über den Gesprächsverlauf ermöglichten. Die Mindmaps wurden zunächst in speziell dafür konzipierte Analyse-Tabellen überführt und um Textsegmente aus den Diskussionsprotokollen ergänzt. Dies resultierte in einer Übersichtstabelle, welche die von den Teilnehmer:innen genannten Stichwörter mit dem jeweiligen Diskussionsverlauf in Verbindung setzte. Nach diesem ersten Schritt der Datenaufbereitung wurden alle Beiträge thematisch markiert und kategorisiert („Codierung“).

Alle Textsegmente wurden entsprechenden Kategorien und den dazugehörigen Subkategorien zugeordnet. Dies ermöglichte im weiteren Verlauf, die thematischen Schwerpunkte der jeweiligen Workshops herauszuarbeiten. Mithilfe der von den Teilnehmer:innen notierten Stichworte sowie den dazugehörigen Diskussionen konnte so ein umfassendes Bild der relevanten Themen in jedem Workshop erstellt werden. Diese werden in den folgenden Abschnitten dargestellt.

Aufgrund des Versuchs, das Forschungsprojekt systematisch mit Querdenker-Positionen zu beeinflussen (siehe Abschnitt 7), wurden dezidiert demokratiefeindliche beziehungsweise verschwörungstheoretische Beiträge mit zusätzlichen Kategorien versehen, um diese im Laufe der Datenauswertung noch einmal separat betrachten und einordnen zu können. In der Ergebnisdarstellung wurden verschwörungstheoretische und dezidiert demokratiefeindliche Beiträge ausgeklammert.

06 ERGEBNISSE

Hinweis: Bei den im Folgenden aufgeführten Zitaten handelt es sich um Protokoll-Mitschriften, die das Gesagte möglichst wortgetreu wiedergeben.

06.1 OFFENE WORKSHOPS

Die Workshops in Ottensen, Jenfeld, St. Pauli und Harburg wurden öffentlich beworben und waren für alle Interessent:innen offen. Dabei schwankte die Zahl der Teilnehmer:innen stark: In Harburg nahmen 17 Menschen am Workshop teil, in Ottensen 13. Zum Workshop auf St. Pauli kamen neun Menschen, in Jenfeld nur zwei. Auch in ihrer Themensetzung unterschieden sich die Workshops.

Themenschwerpunkte auf St. Pauli waren unter anderem die hohe Polizeipräsenz sowie Großevents im Stadtteil. In Harburg standen das Ehrenamt sowie eine schnelle und gerechte Rechtsprechung im Fokus. In Ottensen wurden insbesondere die Themen soziale Gerechtigkeit und Existenzsicherung sowie Verkehr diskutiert. In Jenfeld adressierten die Teilnehmer:innen Ungleichheiten zwischen den Bezirken und die Bedeutung von Anlaufstellen für marginalisierte Gruppen. Im Folgenden werden zunächst Themen vorgestellt, die workshopübergreifend auf große Zustimmung trafen. Anschließend werden besondere thematische Schwerpunkte aus den einzelnen Stadtteilen beleuchtet.

WORKSHOPÜBERGREIFENDE THEMEN

NACHBARSCHAFT UND COMMUNITY

In allen vier Stadtteilen wünschten sich die Teilnehmer:innen mehr Orte der Begegnung und Vernetzung in ihren Nachbarschaften. So schlugen Teilnehmer:innen „Räume für Dialog in den Stadtteilen“, „Orte und Geld für Gemeinschaft und Jugendarbeit“, „Stadtteilversammlungen“, „generationsübergreifende Vernetzung“ und „Möglichkeiten zum entspannten Miteinander“ als konkrete Maßnahmen zur Erhöhung des Sicherheitsempfindens vor. Eine Person erklärte die Relevanz von Austausch und Vernetzung vor Ort so: „Was mich sicher fühlen lässt, ist der Austausch mit Menschen, die ähnlich denken und fühlen wie ich, also die eine ähnliche Wahrnehmung von Sicherheit und Unsicherheit haben wie ich. Wenn man merkt, ‚ich bin nicht allein, vielen geht es so‘, das ist etwas, das mir Kraft gibt.“ Auf stadtteilübergreifende Zustimmung stießen Ansätze, die auf die Schaffung von Strukturen zum niedrigschwelligen gegenseitigen Kennenlernen im Stadtteil zielen. Denn gerade Begegnungen auf Augenhöhe, Solidarität und Respekt füreinander waren für viele Teilnehmer:innen zentrale Aspekte einer sicheren Stadt.

Bei der Umsetzung wünschten sich viele Teilnehmer:innen eine Unterstützung von Seiten der Stadt, insbesondere im Blick auf Finanzierung und personelle Ausstattung entsprechender Infrastrukturen. Bürgernahe Beamt:innen („BünaBe“) wurden in mehreren Stadtteilen als hilfreich beschrieben. Zur Unterstützung vor Ort wurden aber auch Fachkräfte jenseits der Polizei gewünscht, die beispielsweise bei Konflikten Mediation anbieten, aufsuchende soziale Arbeit betreiben und im Stadtteil präsent sein könnten. Auch die Notwendigkeit, spezielle Angebote für Jugendliche und Kinder anzubieten, wurde in mehreren Workshops hervorgehoben.

Daneben wünschten sich die Teilnehmer:innen auch eine stärkere Einbeziehung in die Gestaltung und Pflege des öffentlichen Raumes. Insbesondere in Ottensen und Harburg wurden Vorschläge gemacht, Anwohner:innen beispielsweise in Reparaturen von Spielplätzen oder die Pflege von Grünanlagen sowie die Entsorgung von Müll an öffentlichen Plätzen mit einzubeziehen.

ERGEBNISSE

EXISTENZSICHERUNG UND MIETENKRISE

Auch die aktuelle Wohn- und Mietenkrise wurde in allen Workshops besprochen. Damit zusammenhängend wurden steigende Lebenshaltungskosten sowie der Mangel an bezahlbarem Wohnraum problematisiert: „Genug bezahlbarer Wohnraum ist ganz eng verbunden mit sich sicher fühlen.“ Insoweit wünschten sich Teilnehmer:innen ein Eingreifen der Politik, um Mieten zu stabilisieren und Verdrängung zu vermeiden. Vorschläge für konkrete Maßnahmen reichten von mehr genossenschaftlichem und öffentlichem Wohnungsbau über einen Mietendeckel bis hin zu Enteignungen. Speziell für wohnungslose Menschen wurde von einigen Teilnehmer:innen ein Ausbau des Programms „Housing First“ gefordert.⁴ Neben den Mietkosten selbst sahen Teilnehmer:innen in allen Workshops auch die Sicherung existenzieller Grundbedürfnisse – genannt wurden hier beispielsweise Wohnen, Gesundheit, Geld, Umwelt sowie soziale Lebensbedingungen und Arbeit – als untrennbar mit einer sicheren Stadt für alle verbunden.

SICHERHEIT IM STRAßENVERKEHR

Ein weiteres wichtiges Thema für Teilnehmer:innen in verschiedenen Stadtteilen war der Straßenverkehr. Problematisiert wurden unter anderem zu schmale Fahrradwege sowie das Fahren von Radfahrer:innen auf Gehwegen und die damit verbundene Unsicherheit von Fußgänger:innen. Auch die mangelnde Sicherheit von Kindern im Straßenverkehr wurde in mehreren Workshops thematisiert. Die Teilnehmer:innen wünschten sich bauliche Abtrennungen zwischen verschiedenen Verkehrsteilnehmer:innen, um so die Sicherheit aller zu erhöhen. Gefordert wurden „feste Plätze für Autos, Fahrräder und Roller, die klar abgegrenzt sind“ und „gleichberechtigte Räume im Straßenraum“. Auch breitere Fahrradwege, Fußgänger:innen vorbehaltene Gehwege sowie verkehrsberuhigte Zonen und ein zusammenhängendes Netzwerk von Wegen für Fahrräder und Fußgänger:innen wurden genannt. Teilweise wurde jedoch auch darauf hingewiesen, dass es weiterhin ausreichend Parkplätze für Menschen geben sollte, die im Alltag nicht auf ihr Auto verzichten könnten. Teilnehmer:innen betonten die Bedeutung von Rücksichtnahme und Solidarität im Alltag, auch hinsichtlich Stadtplanung und Verkehr: „Rücksicht von oben nach unten. Planer sollten versuchen eine rundum gute Planung hin[z]ulegen, die sich an den Schwachen orientiert, nicht an den Starken. [...] Das wirkt dann von oben nach unten.“

In Bezug auf den öffentlichen Personennahverkehr wurde workshopübergreifend betont, dass dieser bezahlbar und sicher sein müsse. So entstand in Ottensen die Forderung nach 1€-Einzelfahrscheinen für den HVV. In Harburg wurde hingegen der Wunsch nach mehr Sicherheitspersonal in den Verkehrsmitteln des HVV geäußert.

BARRIEREFREIHEIT

In fast allen Stadtteilen thematisierten Teilnehmer:innen die mangelnde Barrierefreiheit, insbesondere die Zugänglichkeit des öffentlichen Personennahverkehrs für Menschen mit Behinderungen. Auch auf Gehwegen abgestellte E-Scooter wurden mehrfach als Hindernis für Barrierefreiheit diskutiert. In Harburg regten Teilnehmer:innen an, die „Verkehrsführung konsequent für nicht-motorisierte und auch eingeschränkte Nutzer:innen“ zu planen. Auf St. Pauli wurde die Forderung formuliert, öffentliche Toiletten barrierefrei zu gestalten, um insbesondere Rollstuhlfahrer:innen deren Nutzung zu ermöglichen.

⁴ Vgl. <https://housing-first.hamburg/>.

BELEUCHTUNG UND GENDERGERECHTIGKEIT

Der Zusammenhang zwischen Gender und (Un-)Sicherheit wurde insbesondere in Ottensen und St. Pauli thematisiert. So wurden beispielsweise mehr gendergerechte öffentliche Toiletten gefordert. Auch Frauenhäuser wurden als wichtige Elemente einer sicheren Stadt in mehreren Workshops hervorgehoben. Schließlich wurden die Themen Übersichtlichkeit und Beleuchtung im öffentlichen Raum thematisiert, die oft – aber nicht ausschließlich – in Bezug auf Ängste von Frauen artikuliert wurden: „Wie bereits von anderen am Tisch erwähnt: Beleuchtung im öffentlichen Raum wirkt sich positiv auf das Sicherheitsempfinden aus.“ Neben einer besseren Beleuchtung des öffentlichen Raumes wurde auch der Ausbau von Notrufsäulen in mehreren Workshops gefordert.

SCHLAGLICHTER AUF THEMENSCHWERPUNKTE AUS EINZELNEN WORKSHOPS

OTTENSEN

SOZIALE GERECHTIGKEIT UND EXISTENZSICHERUNG

In Ottensen wurde gruppenübergreifend der Wunsch nach mehr sozialer Gerechtigkeit geäußert. Zahlreiche Teilnehmer:innen wünschten sich die Bekämpfung von Armut und mehr Einkommensgerechtigkeit: „Weniger Ungleichheit, weil ich glaube, dass das zu mehr Sicherheit und mehr Miteinander führt.“ Insbesondere angesichts stark steigender Mieten und Lebenshaltungskosten wurde die finanzielle Existenzsicherung als integraler Bestandteil einer sicheren Stadt diskutiert. In diesem Zusammenhang wurden verschiedene Maßnahmen vorgeschlagen, von steuerlicher Umverteilung bis hin zu einer angemessenen Entlohnung von „Niedriglohnjobs“ sowie einer besseren Absicherung von Rentner:innen.

KLIMAKRISE

Auch die Klimakrise wurde in Ottensen in mehreren Gruppen im Zusammenhang mit Sicherheit diskutiert. Teilnehmer:innen wünschten sich einerseits eine „Umsetzung von Klimapolitik“, andererseits aber auch konkrete Maßnahmen, um der Aufheizung Hamburgs städtebaulich entgegenzuwirken. Auch der Zusammenhang von Klima und Gesundheit wurde angesprochen.

HARBURG

SAUBERKEIT UND EHRENAMT

Unter Teilnehmer:innen in Harburg war die fehlende Sauberkeit des öffentlichen Raumes ein viel diskutiertes Thema. Als hilfreich wurde die App „Stadtreinigung Hamburg“ beschrieben, in der man Verunreinigungen melden kann. Auch die Präsenz sogenannter „WasteWatcher+“⁵ wurde gelobt, also Angestellte der Hamburger Stadtreinigung, die Ordnungswidrigkeitsverfahren einleiten können. Allerdings müsse diese weiter ausgebaut werden. In diesem Zusammenhang wurde auch die Rolle von Ehrenamtlichen bei der Gestaltung des öffentlichen Raumes hervorgehoben. Gruppenübergreifend wünschten sich Teilnehmer:innen mehr Anerkennung und eine bessere Infrastruktur für ehrenamtlich Tätige und betonten den großen Gestaltungswillen vieler Aktiver: „Wir wollen etwas verändern, darum

⁵ Vgl. <https://www.stadtreinigung.hamburg/waste-watcher-plus/>.

ERGEBNISSE

sind wir heute hier.“ Daneben wurde eine konsumtolerante Notschlafstelle für wohnungslose Menschen in Harburg gefordert.

BÜRGERNAHE POLIZEI UND SCHNELLE REAKTION DER STRAFJUSTIZ

Teilnehmer:innen in Harburg wünschten sich eine „bürgernahe“ Polizeipräsenz vor Ort. Dies war verbunden mit dem Wunsch, dass Regelbrüche schnell, konsequent und gerecht geahndet werden sollten. Hier stand einerseits die Gleichbehandlung verschiedener Menschen im Vordergrund: „Gleiche Gesetze für alle.“ Andererseits lag ein Fokus auf der langen Zeit, die oft zwischen Tat und eventueller Anklage vergehe: „Die Gerichte brauchen zu lange.“ Letzteres wurde verbunden mit Forderungen nach einer besseren finanziellen und personellen Ausstattung der Justiz, um deren Kapazitäten für eine schnelle Rechtsprechung zu erhöhen.

JENFELD

UNTERSTÜTZUNG FÜR SOZIAL SCHWACHE STADTTEILE

Am Workshop in Jenfeld nahmen nur zwei Personen teil. In der Diskussion wurde die Ungleichheit zwischen den Hamburger Bezirken problematisiert. So wurde beispielsweise betont, dass in sozial schwächeren Stadtteilen wie Jenfeld Bildungsangebote und kulturelle Räume für Kinder und Jugendliche besonders wichtig seien: „Solche Orte sind wichtig, damit auch Kinder aus weniger privilegierten Milieus Zugang haben und mal Ausflüge machen können.“ Auch im direkten Kontakt mit Behörden wurde sich gerade für sozial schwache Gruppen mehr Unterstützung gewünscht: „Der Staat sollte sich mehr dafür einsetzen, dass Menschen die Briefe, die sie erhalten, auch verstehen können. Mehr Aufklärung, mehr Prozesskostenhilfe, Beratungsfinanzierung.“

Dort, wo Menschen straffällig geworden seien, seien Programme zur Resozialisierung notwendig. Die Durchsetzung bestehender Gesetze wurde gefordert, aber auch die Legalisierung von Betäubungsmitteln vorgeschlagen. Auch der flächendeckende Einsatz von Bodycams durch die Polizei wurde angeregt. Darüber hinaus wurde Armut als Sicherheits herausforderung thematisiert.

ST. PAULI

TASK FORCE BETÄUBUNGSMITTELKRIMINALITÄT

Unter den Teilnehmer:innen des Workshops auf St. Pauli war die hohe Polizeipräsenz vor Ort im Rahmen der Task Force Betäubungsmittelkriminalität gruppenübergreifend ein wichtiges Thema. Die Auswirkungen auf das persönliche Sicherheitsempfinden der Teilnehmer:innen waren unterschiedlich, jedoch nahmen viele die Arbeit der Polizei vor Ort als ineffektiv wahr: „Es ist hier voll krass, ich meine die Drogen Task Force, damit sollen sich die Menschen sicherer fühlen, aber das ist gar nicht der Fall.“ Im Rahmen des Workshops gab es mehrere Vorschläge, die Situation vor Ort zu verbessern. Zunächst wurde angeregt, das Aufgabengebiet der Polizei zu reduzieren, insbesondere durch die Legalisierung von Betäubungsmitteln und die Erteilung von Arbeitserlaubnissen für Geflüchtete: „Wenn man Drogen legalisiert und Arbeitserlaubnisse verteilt, kann [die Polizei] auch wirklich für mehr Sicherheit sorgen.“ Des Weiteren wurde vorgeschlagen, Problemen vor Ort durch Sozialarbeit statt durch Polizeikontrollen zu begegnen: „Man könnte die Probleme anders angehen als mit mehr Polizeipräsenz, mit Verdrängung, das würde mehr bei den Leuten ankommen. Man könnte mit den Menschen arbeiten, damit die in bessere Lebensverhältnisse kommen, anstatt gegen die Menschen.“ Zuletzt wurde außerdem angeregt,

sichere Räume für den Konsum von Betäubungsmitteln zu schaffen, da der offene Konsum auf der Straße teils als unsicherheitstiftend wahrgenommen wurde.

UNTERSTÜTZUNGSKONZEPTE FÜR WOHNUNGSLOSE

Mehrere Teilnehmer:innen beobachteten die Situation wohnungsloser Menschen im Stadtteil mit großer Sorge und wünschten sich sozialpolitische Lösungen für diese: „Es fehlt ein Konzept für die Straßenalkoholikerszene. Das ist mit Wohnungen, glaube ich, nicht getan. Gerade die osteuropäische Szene – auch bei niedrigeren Temperaturen im Herbst – die sind ja direkt vom Tod bedroht. Das ist eine sozialpolitische Katastrophe.“ Andere rückten gerade Wohnungsangebote für wohnungslose Menschen in den Fokus und betonten, dass dies sowohl der Sicherheit der Betroffenen als auch ihrem eigenen Sicherheitsempfinden im Stadtteil zu Gute käme: „Wenn ich Angst auf der Straße habe, dann ist es meistens, es kommt nicht so oft vor, aber wenn es vorkommt, dann weil Menschen in Notsituationen ein für mich unberechenbares Verhalten haben könnten. [...] Und ich denke mir, wenn die auch einen ruhigen Ort hätten, um zu schlafen und sich auszuruhen, dann wäre das doch für alle schön.“

EIN STARKES NACHBARSCHAFTSGEFÜHL TROTZ MASSENVERANSTALTUNGEN

Die Teilnehmer:innen berichteten insgesamt von einem nachbarschaftlichen Zusammenhalt und einem daraus resultierenden Sicherheitsgefühl vor Ort: „Ich spreche gerne Menschen an, wenn ich mich unsicher fühle, da ist immer jemand, hier ist immer was los.“ Gruppenübergreifend wurde jedoch die hohe Anzahl von Großevents im Stadtteil problematisiert, die mehrere Teilnehmer:innen als Belastung erlebten. Insbesondere unregulierte Massenbewegungen durch den Stadtteil, ein hoher Alkoholkonsum und öffentliches Urinieren wurden in diesem Kontext genannt: „Ich finde das echt eine große Katastrophe und das verleidet es mir echt hier vor Ort. Und wo du gerade sagtest – saufende Männer – pinkelnde Männer! Insbesondere beim Schlagermove.“ Als Gegenmaßnahmen wurden der Ausbau barrierefreier öffentlicher Toiletten sowie die Reduktion von Großevents vor Ort vorgeschlagen.

06.2 WORKSHOPS AN SCHULEN

Das Projektteam konnte zwei Workshops an Schulen durchführen. An der Stadtteilschule Öjendorf nahmen 25 Schüler:innen einer 11. Klasse teil, an der Beruflichen Schule Hamburg-Harburg 21 Schüler:innen des Abiturjahrgangs. Die Schüler:innen beider Gruppen diskutierten kontrovers miteinander. Da die beiden Workshops von unterschiedlichen Diskussionsdynamiken geprägt waren und unterschiedliche Ergebnisse hervorbrachten, werden diese im Folgenden getrennt dargestellt.

STADTTEILSCHULE ÖJENDORF

RASSISMUS

Teilnehmer:innen in mehreren Gruppen problematisierten Rassismus, insbesondere in der Schule, bei der Arbeitssuche und bei der Wohnungssuche: „Ich hab geschrieben ‚weniger Rassismus (vor allem in den Schulen).‘ Es gab eine Studie, da wurden Prüfungen korrigiert von Max und Murat und Murat wurde immer schlechter bewertet, obwohl es eigentlich die gleichen Klausuren waren.“ Eine Person sah einen möglichen Lösungsansatz darin, die Lehrkräfte zu diversifizieren und so ein größeres Verständnis für die Hintergründe der Schüler:innen zu schaffen: „Weil wenn jetzt ein ausländischer Lehrer da ist, kann er die ausländischen Kinder verstehen.“ Beim Thema Wohnungssuche wurde das Zusammenspiel von Klassismus und Rassismus thematisiert. So merkte eine Person an, dass in diesem Kontext Menschen mit ausländischen Namen benachteiligt würden, während Tischnachbar:innen darauf hinwiesen, dass auch eine Herkunft „aus Billstedt“ ein Grund sein könne, Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche zu haben.

Neben „Maßnahmen gegen Rassismus“ wünschten sich einige Teilnehmer:innen auch das Recht auf freie Religionsausübung. Sie wünschten sich zum Beispiel Verständnis für das Bedürfnis, in der Schule zu beten, sowie Räumlichkeiten dafür. Außerdem wurde der Wunsch geäußert, in allen Berufen ein Kopftuch tragen zu dürfen.

EXISTENZSICHERUNG

Zahlreiche Teilnehmer:innen beklagten die hohe Inflation und die steigenden Preise, welche finanzielle Verunsicherung auslösten: „Die Lebensmittel sind so teuer, Menschen kommen in die Armut wegen der Inflation.“ Mehrere Teilnehmer:innen stellten zudem einen Zusammenhang zwischen Kriminalität und Geldnot her: „Leute berauben sich auf den Straßen nur, weil die Preise so hoch sind. Wenn die Preise ein bisschen niedriger wären, dann wär’s halt besser.“ Auch soziale Konflikte im weiteren Sinne wurden mit der gestiegenen Inflation in Verbindung gebracht: „Alles sollte billiger sein, dann sind wir alle weniger gefrustet und dann ist auch Gewalt kein Problem mehr.“ Gruppenübergreifend standen vor allem die Lebensmittelpreise im Fokus. Es wurde jedoch auch der Vorschlag geäußert, Menstruationsprodukte und Windeln kostenfrei zur Verfügung zu stellen.

UNSIKERHEIT IM ÖFFENTLICHEN RAUM

Unsicherheit im öffentlichen Raum war für viele Teilnehmer:innen ein großes Thema. Zahlreiche Schülerinnen berichteten von Unsicherheits- und Ohnmachtsgefühlen auf der Straße, in Parks oder in öffentlichen Verkehrsmitteln: „Wenn ich nachts nach Hause gehe, fühle ich mich nicht sicher. Ich bin mehrmals verfolgt worden, deswegen musste mich oft mein Vater abholen.“ Vor diesem Hintergrund wünschte sich eine Teilnehmerin „sichere Räume oder Transporte, wo weibliche Menschen separat sind. Damit man sich besser fühlt, damit man nicht belästigt wird von einem Mann.“ Mitschüler zeichneten

ein ähnliches Bild: „Mehr Nachtwachen, die auf die Menschen aufpassen. Einfach mehr Sicherheit, damit man sich wohlfühlt. Dass keine Frauen belästigt werden, dass man sicher nach Hause gehen kann.“ Auch der Wunsch nach mehr Beleuchtung wurde vielfach geäußert.

Marginalisierte Menschen wurden im öffentlichen Raum oft als Bedrohung wahrgenommen. Vereinzelt wurde aber auch eine bessere Unterstützung gefordert: „Mehr Platz für Obdachlose, sodass die Obdachlosen nicht so viel betteln müssen, dass die halt versorgt werden, zumindest mit ein bisschen Essen und so – das Nötigste.“ Das Vorhandensein von Unterstützungsangeboten wie Notunterkünften trug zum Teil auch zum Sicherheitsgefühl der Teilnehmer:innen selbst bei. So bemerkte ein:e Teilnehmer:in: „Ich fühl’ mich sicher, weil wenn ich kein Haus hätte, könnte ich einfach zur Notunterkunft gehen.“ Eine andere Person betonte die Rolle der Polizei, der Solidarität und der Infrastruktur: „Für mich ist eine sichere Stadt, wenn es eine solidarische Gemeinschaft gäbe, eine hohe Polizeipräsenz und eine bessere Infrastruktur.“ Auch Zivilcourage wurde von einer Person als wichtiges Element einer sicheren Stadt identifiziert: „Da wo ich mich sicher fühle, ist bei der Polizei und bei Menschen mit Zivilcourage.“

POLIZEI: NETT, PRÄSENT, GUT AUSGEBILDET UND TRANSPARENT

Gruppenübergreifend wurde eine hohe Polizeipräsenz von vielen Teilnehmer:innen als zentrales Element einer sicheren Stadt genannt. Viele Teilnehmer:innen wünschten sich mehr Polizeipräsenz und Kontrollen vor Ort, um Sicherheit herzustellen: „Mehr Polizei in Billstedt, mehr Polizisten in Billstedt. Wollt ihr nicht sicher nach Hause von der Schule kommen?“ Vor allem Frauen und Kinder wurden als vulnerabel für mögliche gewaltvolle Übergriffe angesehen, denen durch mehr Polizeipräsenz vorgebeugt und begegnet werden sollte. Eine Person wünschte sich zudem mehr Polizeischutz an Moscheen, um dort rechtsextremistischen Angriffen vorzubeugen. Auch der Wunsch nach mehr Videoüberwachung wurde vielfach geäußert.

Andererseits wurde auch Unverständnis und Kritik gegenüber der Polizei formuliert. Eine Person wünschte sich beispielsweise einen freundlicheren Umgang von Polizeibeamt:innen: „Hilfsbereitschaft der Polizei, einfach mehr darauf achten, was die Leute machen, netter fragen.“ Andere wünschten sich eine bessere Ausbildung, ohne dies jedoch weiter zu konkretisieren. Mehrere Teilnehmer:innen brachten zudem ein mangelndes Verständnis für die Arbeitsweise der Polizei zum Ausdruck und wünschten sich mehr Transparenz und Kommunikation der konkreten Polizeiarbeit.

HÄRTERE STRAFEN?

In Bezug auf das Justizsystem und das deutsche Strafrecht wurden sehr pointierte Positionen formuliert, die allerdings teilweise auf einer mangelnden Kenntnis der tatsächlichen Gesetzeslage und Strafjustizpraxis beruhten. So forderten zahlreiche Teilnehmer:innen härtere Strafen für spezifische Deliktsbereiche, insbesondere Gewaltverbrechen und sexualisierte Gewalt. Vielfach wurde der Eindruck geäußert und von anderen Teilnehmer:innen verstärkt, dass Strafmaße für Gewaltdelikte, insbesondere für „Vergewaltigungen“, unverhältnismäßig niedrig ausfielen: „Leute, Steuerhinterziehung, man kommt 30 Jahre ins Gefängnis, für Vergewaltigung 90 Tage.“ Diese Aussage verdeutlicht, dass unter den Schüler:innen offenbar manifeste Fehlvorstellungen über die tatsächliche Strafzumessungspraxis und die gesetzlichen Regelungen verbreitet sind (siehe Kasten auf S. 14).

Die Position der Schüler:innen zur Sanktionspraxis fügte sich in ein teils bedenkliches Verständnis von Strafe im Rechtsstaat ein. So forderten einzelne Personen, dass Gewaltausübende „leiden“ sollten. Auch Vorschläge zur Wiedereinführung verfassungs- und menschenrechtswidriger Methoden wie „Folter“

und „Todesstrafe“ wurden geäußert. Entsprechende Vorschläge wurden von anderen Schüler:innen aber auch deutlich kritisiert.

KLARSTELLUNG ZUR SANKTIONSPRAXIS BETREFFEND SEXUALISIERTE GEWALT

Tatsächlich beträgt das Strafmaß für eine Steuerhinterziehung nach § 370 AO Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe. In besonders schweren Fällen kann eine Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zehn Jahre Freiheitsstrafe verhängt werden. Eine Freiheitsstrafe von 30 Jahren sieht das deutsche Strafrecht nicht vor – das Höchstmaß der zeitigen Freiheitsstrafe beträgt 15 Jahre. Eine Vergewaltigung, die juristisch einen besonders schweren Fall des sexuellen Übergriffs darstellt, ist mit einem Strafmaß von zwei bis 15 Jahren Freiheitsstrafe bedroht (§ 177 Abs. 6 StGB). Damit liegt bereits die Mindeststrafe bei zwei Jahren Freiheitsstrafe. Eine Bewährungsaussetzung kommt dabei regelmäßig nicht in Betracht; eine Geldstrafe ist gleichfalls nicht möglich. Es mag sein, dass die Schüler:innen den Begriff „Vergewaltigung“ für sämtliche Formen sexueller Übergriffe verwenden. Aber auch das Grunddelikt des sexuellen Übergriffs, der das Handeln gegen den erkennbaren Willen auch ohne nötiges Element erfasst, ist mit einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis fünf Jahren Freiheitsstrafe bedroht (§ 177 Abs. 1 StGB). Der sexuelle Missbrauch von Kindern ist mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis 15 Jahren Freiheitsstrafe bedroht; bei Taten, die mit einem Eindringen in den Körper verbunden sind, steigt das Mindestmaß der Freiheitsstrafe auf zwei Jahre (§ 176c Abs. 1 Nummer 2 a)). Zudem sind im Deliktsfeld des sexuellen Missbrauchs von Kindern weite Bereiche, die im Vorfeld einer tatsächlichen sexualisierten Handlung liegen, kriminalisiert – ebenso wie sexuelle Missbrauchshandlungen ohne Körperkontakt (§ 176a StGB). Es ist daher festzuhalten, dass das Zitat die tatsächlichen Umstände fehlerhaft darstellt, wie auch etliche weitere Stellungnahmen der Teilnehmer:innen in diesem Kontext.

KONTEXT UND EINORDNUNG DES WORKSHOPS AN DER ÖJENDORFER SCHULE

Im Klassenverband herrschten teils herausfordernde Gruppendynamiken vor, die zu einem gegenseitigen Hochschaukeln der Schüler:innen führten. Das Workshop-Format begünstigte diesen Prozess möglicherweise durch seine initiale Offenheit gegenüber sämtlichen vorgebrachten Vorschlägen.

Insgesamt waren Teile des Workshops durch provokative Äußerungen einzelner Schüler:innen gekennzeichnet. Hierzu zählten etwa „Überlegungen“ zu einer „Islamisierung Deutschlands“, der „Einführung der Scharia“ und der „Erlaubnis von Mehrfachehen“, die von einer Einzelperson geäußert, allerdings im weiteren Verlauf von anderen, teils ironisch, teils gezielt provozierend, aufgegriffen wurden. Zum Gesamtbild eines Klassenverbandes, der mitunter die Grenzen auszutesten sucht, passte, dass entsprechende Thesen in der abschließenden Priorisierung des Workshops vergleichsweise große Zustimmung fanden. Durchaus konstruktive Vorschläge gingen demgegenüber unter.

Während des Workshops wurden zudem vielfach menschenfeindliche Äußerungen getätigt, die sich teils auf die Gruppenzugehörigkeiten anwesender Mitschüler:innen bezogen. Zudem wurden zahlreiche Stigmata reproduziert und verbale Gewalt gegen spezifische Gruppen ausgeübt, beispielsweise gegenüber obdachlosen Menschen, homosexuellen Menschen und trans* Personen. Das Forschungsteam griff zwar vereinzelt moderierend ein und wies insbesondere menschenfeindliche

Positionen zurück, versuchte jedoch, den Gesprächsfluss der Teilnehmer:innen größtenteils frei laufen zu lassen.

BERUFLICHE SCHULE HAMBURG-HARBURG

POLIZEI UND RECHTSPRECHUNG

Auch in der Beruflichen Schule sprachen sich mehrere Schüler:innen für härtere Strafen und strengere Gesetze aus, ohne jedoch in vergleichbarer Weise zuzuspitzen oder verfassungs- und menschenrechtliche Errungenschaften in Frage zu stellen. Die Präsenz von Polizei oder Sicherheitsdiensten vermittelte vielen Teilnehmer:innen Sicherheit. Andere problematisierten Diskriminierung von Seiten der Polizei und wünschten sich mehr Sensibilität. Genannt wurden in diesem Kontext insbesondere *Racial Profiling*, Stereotypisierungen sowie ein als problematisch wahrgenommener Umgang mit wohnungslosen und Betäubungsmittel konsumierenden Menschen. Auch polizeiliche Reaktionen auf häusliche Gewalt wurden vereinzelt kritisiert: „Mehr Empathie von Seiten der Polizei, zum Beispiel bei häuslicher Gewalt. Die Polizei macht erst was, wenn man richtig in die Fresse geschlagen wird. Es gibt zwar Frauenhäuser etc. aber das ist nicht alles, hilft nicht bei allen.“

Vereinzelt wurden Forderungen nach stärkeren Grenzkontrollen beziehungsweise einer stärkeren Kontrolle von Migrant:innen in Deutschland eingebracht. Andere hingegen bewerteten die Aufnahme von Geflüchteten positiv und wünschten sich mehr Unterstützung für diese, insbesondere durch die Erteilung von Arbeitserlaubnissen: „Wir erlauben denen zu arbeiten und dann müssen sie nicht ewig in Flüchtlingsheimen sitzen.“ Auch Abschiebungen wurden teils kritisiert, insbesondere bei langjährig in Deutschland lebenden Familien. Eine Person berichtete zudem, wie sich bürokratische Hürden bei der Aufenthaltsverlängerung auf ihr eigenes Sicherheitsgefühl auswirkten: „Sicherheit geht in zwei Richtungen, du kannst dich menschlich unsicher fühlen oder auch beim Amt. Wenn du keine Termine bekommst. Ich habe nicht mal einen Pass. Ich habe einen Aufenthaltstitel, der läuft Ende des Monats ab. Ich bekomme keinen Termin, denkst du ich fühle mich sicher?“

NACHBARSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT UND MITBESTIMMUNG

Die Schüler:innen betonten die Bedeutung des Familienzusammenhangs und des Freund:innenkreises für ihr Sicherheitsgefühl. Auch nachbarschaftliche Strukturen, wie zum Beispiel kulturelle Angebote, Vernetzungstreffen und Räume für spezielle Zielgruppen, wurden als wichtige Elemente einer sicheren Stadt diskutiert. So wünschten sich Teilnehmer:innen beispielsweise „mehr öffentliche Räume, soziale Räume. Weil vieles wird einfach dicht gebaut. Viele werden auch vertrieben, wie Obdachlose und Jugendliche. Dass es auch teilweise gar nicht so viele Möglichkeiten gibt, sich draußen aufzuhalten. Und drinnen zu sein ist meistens teuer.“ Dabei war ihnen neben konkreten Aufenthaltsmöglichkeiten auch die Vernetzung von Menschen im Stadtteil wichtig: „In jedem Viertel brauchen wir einen Ort, an dem alle zusammenkommen, weil man kennt nicht alle Personen. Da kann man dann über seine Sorgen reden.“

Mehrere Teilnehmer:innen wünschten sich ein gesellschaftliches Klima, das von Respekt, Solidarität und gegenseitiger Unterstützung geprägt ist. Dies solle beispielsweise durch Aufklärungsarbeit in Schulen und Universitäten gestärkt werden: „Aufklärung, dass man sich in andere Menschen hineinversetzen kann. Jeder bestimmt seine Grenze für Sicherheit und das muss man ernstnehmen. So wie ich nicht will, dass meine Grenzen überschritten werden, mache ich das bei anderen auch nicht.“ Auch bezüglich möglicher Übergriffe im öffentlichen Raum wünschten sich Teilnehmer:innen Aufklärung im schulischen Kontext: „Es wäre mehr geschultes Personal nötig – es gibt ja in Clubs Awarenessteams, die

ERGEBNISSE

sind ansprechbar. Dass man in der Schule anfängt, ‚hey, wenn ihr sowas mitbekommt – so könnt ihr euch und andere schützen‘.“ Als weiterer Punkt der schulischen Bildung wurde angeregt, Schüler:innen besser auf ihr späteres Leben vorzubereiten: „Wie schreibe ich eine Steuererklärung, wie finde ich eine Wohnung, wie mache ich einen Termin beim Amt?“

Als große Herausforderung für eine sichere Stadt nannten mehrere Schüler:innen soziale Ungleichheit und Armut: „Wir haben dieses Image, dass wir so eine reiche Stadt sind – aber trotzdem gibt es so viel Armut.“ Vor diesem Hintergrund wünschten sich viele Unterstützungsangebote für sozial schwache Gruppen. Genannt wurden insbesondere Rentner:innen, Obdachlose und junge Menschen. Auch Vereine, die Menschen bei Anträgen und Übersetzungen von „Beamtendeutsch“ unterstützten, sollten gefördert werden. Gefordert wurde auch bezahlbarer Wohnraum als Mittel der Existenzsicherung: „Es wäre halt wichtig, zugänglichen Wohnraum zu haben. Für junge Menschen, für Leute aus dem Ausland, dass es da halt zu wenig sozialen Wohnungsbau gibt, dass der nicht gefördert wird – sowas wie Mietendecklung.“

Mehrere Teilnehmer:innen äußerten zudem Ideen für die Gestaltung und Ausstattung des öffentlichen Raumes und wünschten sich mehr Mitsprache, beispielsweise durch Volksentscheide. Um die Sicherheit im Stadtteil zu verbessern, wünschten sich Teilnehmer:innen unter anderem eine verbesserte Beleuchtung, Wasserspender, mehr öffentliche Toiletten, Telefonzellen und Notrufknöpfe.

EINE APP IN JUGENDSPRACHE

Viele Jugendliche beklagten, dass sie den Kontakt zu tagesaktueller Politik verlören. So wurden Politiker:innen kritisiert, da sie Wahlversprechen nicht einhielten und ihre alltägliche Arbeit zu wenig transparent sei. Mehrere Teilnehmer:innen wünschten sich dafür einerseits eine niedrigere sprachliche Barriere („Jugendsprache“), aber auch jüngere Politiker:innen, die sie besser repräsentierten: „Junge Politiker sind eine gute Maßnahme. Die von heute sind viel zu alt und entscheiden dann über uns.“ In einer Gruppe wurde die Idee einer App entwickelt, die spezifisch für Jugendliche bestimmt sein soll: „Damit jeder weiß, was gerade los ist, aber in der Sprache für Jugendliche.“ In der App sollten politische Inhalte und Debatten in Jugendsprache aufbereitet werden. Daneben sollte dort auch über Veranstaltungen und Vernetzungsmöglichkeiten für Jugendliche im Bezirk informiert werden.

06.3 WORKSHOP FÜR FLINTA*

Der Workshop für FLINTA* fand im Magnus Hirschfeld Centrum (mhc) in Winterhude statt. Am Workshop nahmen acht Personen teil, von denen viele das mhc regelmäßig nutzten. Zu den wichtigsten von den Workshopteilnehmer:innen diskutierten Themen zählten staatliche Unterstützungsstrukturen, Schutzräume und Orte der Vernetzung sowie eine Sensibilisierung für alternative Lebensweisen.

STAATLICHE UNTERSTÜTZUNGSSTRUKTUREN: EIN QUEER-RESSORT FÜR HAMBURG

Die Wahrnehmungen von Behörden und staatlichen Institutionen durch die Teilnehmer:innen waren ambivalent. Einerseits sahen sie hier Chancen, Unterstützungsangebote für FLINTA*-Personen aufzubauen und institutionell zu verankern. Andererseits wurde von Schwierigkeiten im Umgang mit staatlichen Institutionen berichtet, speziell in Bezug auf komplizierten Schriftverkehr und einer teils mangelnden Sensibilität gegenüber marginalisierten Gruppen, insbesondere trans* Personen. Eine teilnehmende trans* Person berichtete beispielsweise von großen Schwierigkeiten bei der Änderung ihres Namens in Schulzeugnissen, da die Schulsekretärin nicht ausreichend über die Rechtslage informiert gewesen sei. Auch die Ansprache mit den korrekten Pronomen war den Teilnehmer:innen sehr wichtig. Konkret wurde vorgeschlagen, den behördlichen Schriftverkehr künftig in leicht zugänglicher Sprache zu verfassen und Mitarbeitende des öffentlichen Dienstes fortzubilden, um diese für den Umgang mit marginalisierten Gruppen im Behördenalltag zu sensibilisieren.

Während des Workshops entstand außerdem die Idee eines Queer-Ressorts im Hamburger Rathaus, die gruppenübergreifend auf große Zustimmung traf. Darunter verstanden die Teilnehmer:innen die Einrichtung einer Abteilung, die sich für alle Belange von queeren Menschen einsetzen, aber auch eine Anlaufstelle für Familienangehörige von queeren Personen bilden sollte. Weiterhin sollten ein:e Queerbeauftragte:r, ein Infotelefon, eine queere Sprechstunde und eine Notfallseelsorge Teil des Ressorts werden. Die Teilnehmer:innen betonten die Notwendigkeit, dieses Ressort langfristig auszufinanzieren.

ORTE DER VERNETZUNG UND SCHUTZRÄUME FÜR AKUTE KRISEN

Queere Menschen sind – auch in der Wahrnehmung der Teilnehmer:innen – sowohl zu Hause als auch im öffentlichen Raum einem höheren Gewaltisiko sowie Diskriminierung und Stigmatisierung ausgesetzt.⁶ Dementsprechend wurde von verschiedenen Teilnehmer:innen der Wunsch nach Schutzräumen für alle Geschlechter geäußert. Dies schloss Räume des informellen Austauschs ebenso ein wie Schutzräume für akute Krisensituationen. Genannt wurden Frauenhäuser, Männerorte und queere Orte sowie die Institutionalisierung von trans* WGs, in denen trans* Personen kurzfristig Schutz finden könnten: „Also es braucht einen Zufluchtsort, wo man sich nicht erklären muss und nicht noch zusätzlich Angst haben muss, als Kranker dargestellt zu werden.“ Schutzräume und Orte der Vernetzung sollten verlässlich und langfristig finanziert werden.

Die Teilnehmer:innen betonten, dass informelle Treffen und die Vernetzung von queeren Menschen untereinander ihnen eine Form der Sicherheit vermittelten. Sie berichteten, dass für sie selbstverwaltete Räume und queere Einrichtungen wie das mhc sowie queere Ferienangebote, Gruppen und Vereine wichtig seien; dort fänden sie positiven Rückhalt.

⁶ Vgl. <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/sven-lehmann-queerfeindlichkeit-entgegenwirken-opfer-besser-unterstuetzen--224796>.

ERGEBNISSE

SICHERHEIT IM ÖFFENTLICHEN RAUM

Mehrere Teilnehmer:innen berichteten von Ängsten vor Anfeindungen und Übergriffen im öffentlichen Raum, insbesondere in öffentlichen Verkehrsmitteln: „In der Bahn überlege ich mir genau, was ich anziehe und dass ich nichts Homophobes triggere.“ Anpassungsstrategien, wie eine bewusste Kleidungswahl oder ein als „Tarnmodus“ beschriebenes Auftreten, wurden gewählt, um das persönliche Risiko zu minimieren. Als konkrete Maßnahme wünschten sich die Teilnehmer:innen sichere und zugleich bezahlbare Transportmittel. So wurde beispielsweise vorgeschlagen, die Nutzung von MOIA-Taxis durch queere Menschen finanziell zu unterstützen, um diese zugänglicher zu machen.

Auch der Komplex Verkehrssicherheit – insbesondere der Ausbau von Radwegen sowie von Tempo-30-Zonen – und eine verbesserte Beleuchtung dunkler Ecken wurden angesprochen.

SICHTBARKEIT, AUFKLÄRUNG UND GESETZGEBUNG

Von der Gesamtgesellschaft wünschten sich die Teilnehmer:innen eine stärkere Akzeptanz und Toleranz gegenüber anderen Lebensformen: „Angstfreie Kommunikation, wenn man unterschiedliche Lebenswelten hat, dass man sich trotzdem die Gemeinsamkeiten bewahrt.“ Dazu äußerten sie den Wunsch, gesellschaftliche Aufklärung und Offenheit beispielsweise durch Sichtbarkeitskampagnen zu fördern, die zeigten, „wie marginalisierte Menschen die Stadt erleben.“ Sie betonten zudem die Notwendigkeit, in der öffentlichen Debatte Falschinformationen von Meinungsfreiheit zu unterscheiden. Insbesondere Schulen wurden als unsichere Orte für queere Menschen gesehen: „Wenn man sich zurückerinnert, man ist 13 Jahre in der Schule, du fühlst dich mega hilflos. Du kannst nicht zu deinen Eltern, deine Freunde sind nicht queer – einen Therapeuten oder einen Psychologen zu finden ist mega schwer.“ Die Teilnehmer:innen wünschten sich daher eine frühe Sensibilisierung von Schüler:innen und eine Weiterbildung von Fachkräften im Bildungsbereich.

Auch der Wunsch nach einer Überarbeitung des Entwurfs des Selbstbestimmungsgesetzes, zu der unter anderem vom Bundesverband Trans* e. V. in ausführlichen Stellungnahmen Vorschläge unterbreitet wurden,⁷ traf auf Zustimmung: „Das Selbstbestimmungsgesetz, dass es endlich trans* gerechter wird! Gerade wirkt es eher wie ein Gesetz für die besorgte Cis-Gesellschaft als für uns!“

⁷ Vgl. https://www.bundesverband-trans.de/wp-content/uploads/2023/05/2023_05_30_Stellungnahme-SBGG_BVT.pdf.

06.4 WORKSHOPS IN KOOPERATION MIT STOP

Das Projektteam führte zwei Workshops in Kooperation mit der Initiative StoP – Stadtteile ohne Partnergewalt e. V. durch, einen in Wilhelmsburg mit zehn Teilnehmerinnen und einen in Harburg mit acht Teilnehmerinnen. Die Mehrheit der Frauen hatte selbst Migrationserfahrung oder eine familiäre Migrationsgeschichte, viele sind ehrenamtlich tätig und unterstützen beispielsweise Familien bei der Kontaktaufnahme mit Behörden und anderen öffentlichen Einrichtungen. Die Hauptthemen des Workshops waren der Schutz vor partnerschaftlicher Gewalt, Fragen der sozialen Gerechtigkeit, die Bedeutung sozialstaatlicher Einrichtungen und der nachbarschaftliche Zusammenhalt.

SCHUTZ VOR PARTNERSCHAFTLICHER GEWALT

Viele Teilnehmerinnen betonten, dass gerade für Frauen auch das häusliche Umfeld von Unsicherheit geprägt sein könne. Sie verwiesen auf die Notwendigkeit von Schutzräumen für Frauen, die von partnerschaftlicher Gewalt betroffen sind. Der angespannte Wohnungsmarkt stellte aus ihrer Sicht eine zusätzliche Hürde dar, um aus missbräuchlichen Beziehungen zu entkommen: „Mehr Wohnungen! Und mehr Schutzwohnungen für Frauen! Ich habe Frauen am Telefon, die sich mir öffnen und auch raus wollen aus ihren Situationen. Aber wohin? Viele wollen auch nicht ins Frauenhaus mit den Kindern. Oder sie können es nicht, die Plätze sind auch beschränkt. Da wären Schutzwohnungen gut. Aber die gibt es nicht. Und dann entsteht das Problem, was wir oft haben: Frauen öffnen sich und gehen dann aber wieder einen Schritt zurück.“ Bezahlbarer Wohnraum sowie der Ausbau spezieller Schutzräume für Frauen und Familien waren daher zentrale Forderungen: „Mehr Personen in der Sozialarbeit, mehr Frauenhäuser, mehr Familienhäuser, mehr Unterbringungsmöglichkeiten; gerade im Bereich Gewalt.“ Die Teilnehmerinnen wiesen außerdem auf die Notwendigkeit hin, neben einer stärkeren Unterstützung der Opfer auch die Arbeit mit Täter:innen zu intensivieren: „Es geht auch darum, mit den Tätern zu arbeiten, da helfen, da sagen, ‚du hast Gewalt ausgeübt gegen jemanden, wie können wir dir helfen, dass das nicht nochmal passiert?‘“

NACHBARSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT

Für die Teilnehmerinnen war der Zusammenhalt in der Nachbarschaft ein wichtiges Element einer sicheren Stadt: „Unsicherheit entsteht auch dadurch, dass es [getrennt voneinander lebende] Gruppen gibt.“ Sie wünschten sich mehr Begegnungsorte und deren verlässliche Finanzierung, um untereinander, aber auch mit Fachleuten in den Austausch zu kommen und stabile nachbarschaftliche Netzwerke zu etablieren: „Allgemein die Netzwerke sind so wichtig und dafür spielen Begegnungsorte eine zentrale Rolle. Menschen suchen nach Gesprächen, aber das braucht Zeit.“ Insbesondere interkultureller Austausch solle neu gedacht werden: „Damit meine ich auch ‚Annäherungsräume schaffen‘ – so wie hier, wo nicht gezwungen Kultur in den Mittelpunkt gesetzt wird, sondern auch andere Themen besprochen werden, wichtige Themen. Das Interkulturalitätsverständnis muss sich ändern. Es geht nicht darum, dass ich dir zeige, was wir ‚bei uns‘ so essen. Es geht darum, füreinander Verantwortung zu übernehmen.“

Die Teilnehmerinnen betonten zudem, dass nachbarschaftliche Angebote für alle Altersgruppen nötig seien, von Kindern und Jugendlichen bis hin zu älteren Menschen, die unter Einsamkeit litten. Für Kinder und Jugendliche seien ausreichend Plätze in Betreuungseinrichtungen sowie zusätzliche Freizeitangebote wichtig, auch um ihr Selbstbewusstsein zu stärken: „Man kann so viele Projekte mit Kindern machen, damit die Kinder sich nicht schwach fühlen.“ Dabei wurde betont, dass bestehende Angebote breiter und mehrsprachig kommuniziert werden sollten. Im Hinblick auf Sprachbarrieren wiesen die Teilnehmerinnen zudem darauf hin, dass insbesondere Jugendliche in Familien mit

ERGEBNISSE

Migrationsgeschichte oft eine Unterstützungs- und Übersetzungsfunktion einnehmen und dabei oftmals alleingelassen würden. Für sie brauche es mehr Unterstützungs- und Beratungsangebote: „Ich meine damit, dass viele Jugendliche oft die Dolmetscher der Familien sind und da Unterstützung brauchen und ich habe es oft mitbekommen, dass die sich so viel um Familien und andere Geschwister kümmern, dass die keinen höheren Bildungsweg einschlagen. Es wäre wichtig, dass es dafür Beratungsstellen gibt.“

MEHRSPRACHIGKEIT, TEILHABE UND FINANZIELLE SICHERHEIT

Aufgrund der vielfältigen kulturellen und sprachlichen Hintergründe der Teilnehmerinnen entstand in den Workshops eine lebhafte Diskussion darüber, wie Menschen mit geringen Deutschkenntnissen mit Unterstützungsangeboten erreicht werden können. Die Teilnehmerinnen sahen Mehrsprachigkeit als einen entscheidenden Faktor, um dies zu ermöglichen. So wurde der Wunsch nach mehrsprachigen Beratungsstellen und Informationskampagnen zu verschiedenen Themen geäußert: von Geburtsvorbereitungskursen über Familienberatung und Stadtteilhilfe bis hin zu Informationen über Müllentsorgung. Vorgeschlagen wurde auch, offizielle Informationen und Unterstützungsangebote in Leichter Sprache zu kommunizieren: „Leichte Sprache in Broschüren. Da reicht manchmal einfach ein Satz, der das kurz erklärt.“

Für ihr Engagement in den Stadtteilen wünschten sich die Teilnehmerinnen mehr Unterstützung und Wertschätzung: „Also welche Rolle wir übernehmen auch für Mehrsprachigkeit. Wir übersetzen und machen Integration erst möglich.“ Betont wurde in diesem Zusammenhang auch die Notwendigkeit einer besseren und längerfristigen finanziellen Unterstützung von StoP und anderen stadtteilbasierten Initiativen: „Mehr Anerkennung [...]. Für alle! Für uns, aber auch für andere. Das geht einher mit der Geldfrage.“ Insbesondere die fehlende Regelfinanzierung von StoP, den Inselmüttern und anderen Stadtteilinitiativen wurde problematisiert: „Wir müssen jedes Jahr neues Geld beantragen.“

Auch im privaten Bereich wurde eine zunehmende finanzielle Unsicherheit problematisiert: „Geld! Das ist auch ein [Faktor], der das Sicherheitsgefühl beeinflusst.“ Teilnehmerinnen wünschten sich insbesondere höhere Löhne: „Es wäre schön, wenn alle sagen könnten ‚ich verdiene da gut‘ oder ‚genug‘ und sich freuen auf ihren Job.“ Als konkrete Maßnahmen wurden zudem Steuererleichterungen im Niedriglohnsektor sowie eine finanzielle Unterstützung bei der Ausstattung von Schüler:innen mit digitalen Endgeräten für den Schulunterricht gewünscht.

RASSISMUS, DISKRIMINIERUNG UND GERECHTIGKEIT

Auch Rassismus und Diskriminierung waren wichtige Themen für die Teilnehmerinnen. Vor allem Frauen mit Hijab berichteten davon, dass sie öffentlich angefeindet würden: „Rassismus erleben wir – ich sage mal so in Anführungsstrichen – wir mit Kopftüchern mehr. Wenn ich mit einer Rolltreppe fahre, ich werde ständig beleidigt.“ Auch in der Schule nahmen die Teilnehmerinnen Stereotypisierungen von Seiten einiger Lehrkräfte wahr. Sie wünschten sich in diesem Kontext eine fundiertere Ausbildung des Personals: „Wir brauchen Lehrer:innen, die auch mit ausländischen Kindern umgehen können, mit einer Extra-Ausbildung. Und da reicht es auch nicht, dass mehr Lehrer mit Migrationshintergrund an der Schule sind! Die brauchen alle eine Extra-Ausbildung.“ Zudem wünschten sich die Teilnehmerinnen eine stadtteilbasierte Anti-Diskriminierungsstelle. Insgesamt betonten sie den Zusammenhang von Gerechtigkeit und Sicherheit: „Gerechtigkeit für alle, ich betrachte das als eine Grundlage für Sicherheit.“

(UN-)SICHERHEIT IM ÖFFENTLICHEN RAUM

Infrastrukturen wie Feuerwehr, Krankenhäuser und Krankenversicherungen, aber auch Kitas, Schulen und Behörden vermitteln den Teilnehmerinnen Sicherheit: „Es gibt auf jeden Fall eine gute Infrastruktur – ich war in vielen Ländern und Deutschland ist Nummer eins, was Infrastruktur angeht. Es gibt Krankenhäuser, es gibt Kitas, es gibt für alles Behörden.“

Allerdings fühlten sich mehrere Teilnehmerinnen nachts im öffentlichen Raum unwohl. Einige empfanden auch den Schulweg ihrer Kinder als unsicher. Andere fühlten sich unwohl dabei, ihre älteren Kinder allein auf Spielplätzen spielen zu lassen. Als potenzielle Gefahr für Kinder wurde unter anderem nächtlicher Betäubungsmittelkonsum auf Spielplätzen wahrgenommen. Einige wünschten sich mehr Polizeipräsenz an diesen Orten, wobei diese allgemein ambivalent eingeordnet wurde (siehe unten). Darüber hinaus wurden Suchtberatungsstellen und Konsumräume gefordert, um die Sicherheit von Konsument:innen und Kindern gleichermaßen zu erhöhen: „Die brauchen saubere Nadeln und dass da jemand ist, wenn die eine Überdosis haben; unabhängig davon, dass ich das nicht so gut finde, jeder hat einen safer space verdient.“

Die Rolle der Polizei im öffentlichen Raum nahmen die Teilnehmerinnen ambivalent wahr. Einerseits wünschten sich mehrere Teilnehmerinnen eine erhöhte Polizeipräsenz, um beispielsweise Kinder im öffentlichen Raum zu schützen und das allgemeine Sicherheitsempfinden zu erhöhen: „Ich wünsche mir [mehr Polizeipräsenz], insbesondere in den Abendstunden.“ Andererseits nahmen einige Teilnehmerinnen die Polizei auch als diskriminierend wahr: „Die gucken erst nach Nationalität und Hintergrund und dann helfen sie erst.“ Auch wurde ein respektvolleres Auftreten von Beamt:innen gefordert: „Die Polizei soll nicht so [...] arrogant und beängstigend wirken, vor allem nicht gegenüber Kindern. Besonders gegenüber ausländischen Kindern ist die Polizei besonders aggressiv. Das kann nicht sein!“

06.5 WORKSHOP IN KOOPERATION MIT DER LEBENSHILFE

In Kooperation mit dem Lebenshilfe Landesverband Hamburg e. V. führte das Projektteam einen Workshop in einer Wohngruppe in Altona durch, an dem 12 Menschen mit intellektuell-kognitiven Behinderungen teilnahmen. Begleitet wurde dieser durch zwei Vertreter:innen der Lebenshilfe, die den Bewohner:innen vertraut und beim Übersetzen der Workshop-Inhalte in Einfache Sprache behilflich waren. Themenschwerpunkte des Workshops waren das Navigieren des öffentlichen Raumes, der Verkehr und das soziale Umfeld.

ÖFFENTLICHER RAUM UND SICHERHEIT

Das Bewegen im öffentlichen Raum wurde von den Teilnehmer:innen teilweise als Herausforderung beschrieben. Insbesondere der Hauptbahnhof und die der Wohngruppe nächstgelegene S-Bahn-Station wurden als Orte der Unsicherheit genannt. Begründet wurde dieser Eindruck mit möglichen Begegnungen mit fremden Menschen: „Da sind fremde Leute [...]. Wenn Leute zu mir kommen und mit mir sprechen, fühle ich mich unsicher.“ Eine gute Beleuchtung an Bahnhöfen und entlang des Arbeitsweges wurde als Sicherheit vermittelnd beschrieben. Dunkelheit hingegen vermittelte einigen Bewohner:innen Unsicherheit. Die Teilnehmer:innen berichteten von verschiedenen Strategien, die sie anwandten, um ihr eigenes Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum zu erhöhen. So erzählte eine Person, dass sie ihre eingeschränkte Orientierung durch Übungen mit einer Ergotherapeutin trainiere. Eine weitere Person berichtete, dass ihr Selbstgespräche halfen: „Ich rede draußen immer mit mir selbst. Dann denken sich die Leute, die ist plemplem, aber mir hilft das.“

VERKEHR UND BARRIEREFREIHEIT

Für die Teilnehmer:innen war das Thema Verkehr wichtig. Hier ging es insbesondere um Übersichtlichkeit und regelkonformes Verhalten. So wurde beispielsweise das regelwidrige Überfahren einer roten Ampel durch einzelne Fahrzeuge als Herausforderung genannt. Eine Person berichtete zudem, dass sie aufgrund ihrer Schwerhörigkeit Fahrradklingeln nicht hören könne. Ebenso äußerten die Teilnehmer:innen das Bedürfnis nach Routine und Übersichtlichkeit in ihren alltäglichen Bewegungsabläufen. Sie berichteten, dass Durchsagen und Visualisierungen von Stationsnamen auf Monitoren im öffentlichen Personennahverkehr für sie wichtige Orientierungshilfen darstellten. Störungen der gewohnten Abläufe durch Baustellen oder Schienenersatzverkehr stellten die Teilnehmer:innen indes vor große Herausforderungen. Auch das Thema Barrierefreiheit war den Teilnehmer:innen wichtig. Insbesondere die Zugänglichkeit des ÖPNV für Menschen im Rollstuhl wurde bemängelt. Eine Person erlebte Veränderungen im Boden – wie beispielsweise durch Bodenleitsysteme – als sehr herausfordernd. Auch E-Scooter wurden als Problem für die Barrierefreiheit benannt, da diese Hindernisse auf Gehwegen darstellten: „Beim Schlump bin ich schon über einen fast drübergefallen.“ Außerdem wurde der Vorschlag geäußert, dass Ampeln die verbleibende Zeit zum Überqueren anzeigen sollten: „Ja manchmal schafft man das gar nicht, da rechtzeitig rüberzugehen. Wie eine Zeitschaltel müsste man da einbauen.“

SOZIALES UMFELD

Es wurde deutlich, dass insbesondere vertraute Menschen, Orte und Strukturen den Bewohner:innen Sicherheit im Alltag vermittelten. Zentral wurde hier die Wohngruppe als Ort der Sicherheit beschrieben. Auch Besuche bei beziehungsweise von Familienmitgliedern und Freund:innen sowie Hobbies und ehrenamtliches Engagement vermittelten den Teilnehmer:innen Sicherheit. Erneut wurden in diesem

Kontext Störungen etablierter Routinen – wie beispielsweise während der Corona-Pandemie – als herausfordernd beschrieben.

07 HERAUSFORDERUNGEN PARTIZIPATIVER FORSCHUNG

Das Forschungsprojekt stellte das Projektteam vor erhebliche Herausforderungen. Besondere Schwierigkeiten bereitete die Mobilisierung von Teilnehmer:innen für die Workshops, die ohne Praxispartner:innen durchgeführt wurden. Trotz umfassender Bewerbungsaktivitäten einschließlich einer Beflyerung der Nachbarschaft um den Veranstaltungsort herum, die Nutzung des universitären Presseverteilers, sozialer Medien, Veranstaltungsverteiler und -webseiten sowie die persönliche Vorstellung bei lokalen Initiativen und Nachbarschaftstreffs ließen sich nicht für alle Workshops Teilnehmer:innen mobilisieren. Dabei war die Teilnehmer:innenzahl in Wilhelmsburg (0) und Jenfeld (2) besonders niedrig. In Ottensen (13) und Harburg (17) gelang eine stärkere Mobilisierung. Nochmals schwieriger war es, marginalisierte Gruppen, insbesondere Menschen mit Rassismuserfahrungen, zu einer Teilnahme zu bewegen. Auch mit den offenen Nachbarschaftsworkshops gelang es nur vereinzelt, marginalisierte Menschen zu erreichen. Durchaus divers zusammengesetzt waren dagegen die Workshops in Kooperation mit StoP sowie die in Schulen durchgeführten Workshops.

Ungeachtet dieser Schwierigkeiten ist es im Ergebnis gelungen, eine beachtliche Zahl an Teilnehmer:innen für die Workshops zu gewinnen. Insgesamt konnten die Perspektiven von 125 Menschen einbezogen werden. Durch die Schulworkshops konnten wir zudem sicherstellen, dass auch die Perspektive jüngerer Menschen hinreichend Berücksichtigung fand.

Ein besonderes Problem, mit dem das Forschungsprojekt schon nach dem ersten durchgeführten Workshop konfrontiert wurde, war der Versuch der Hamburger Querdenker-Bewegung, systematisch und gezielt auf die Datenerhebung Einfluss zu nehmen. So wurde in einem einschlägigen Telegram-Channel dazu aufgerufen, an den Workshops teilzunehmen, um die eigene Perspektive einzubringen. Dem Projektteam wurde unterstellt, die sogenannte „15-Minuten-Stadt“ zu „propagieren“.⁸ Der entsprechende Post wurde über 20.000mal gelesen. Tatsächlich war die Idee der „15-Minuten-Stadt“ als städteplanerisches Konzept von Teilnehmer:innen des Ottensener Workshops eingebracht, vom Projektteam jedoch nicht weiter kommentiert worden. In weiteren Workshops kam das Konzept nicht mehr zur Sprache. Nach einer Gefahrenabschätzung unter Einbeziehung der Universitätsverwaltung wurde davon abgesehen, geplante Workshops abzusagen. An den zwei darauffolgenden Terminen nahmen jedoch mindestens je eine Person aus dem Querdenker-Milieu mit entsprechenden Positionen an den Workshops teil.

Vor dem Hintergrund dieses Versuchs, die Datenerhebung systematisch zu beeinflussen, entschloss sich die Projektleitung, das Workshop-Konzept umzustellen und zwei weitere, bereits geplante, offene Workshops abzusagen. Der Fokus wurde stattdessen auf eine stärkere Einbindung von Praxispartner:innen gelegt. Auch der Ansatz, Workshops in Schulen durchzuführen, wurde mit Nachdruck verfolgt.

Der Versuch, das Forschungsprojekt für die eigenen Zwecke zu vereinnahmen, verdeutlicht, vor welchen Herausforderungen partizipative Forschungsprojekte in Zeiten gesellschaftlicher Spaltungen stehen. Partikulargruppen haben schon immer ihre Positionen deutlich herausgestellt. Die neue Qualität liegt

⁸ Das Konzept der sogenannten „15-Minuten-Stadt“ zielt darauf ab, die Lebensqualität in Städten zu erhöhen, indem die für den alltäglichen Bedarf notwendigen Einrichtungen für alle Stadtbewohner:innen innerhalb von 15 Minuten fußläufig zu erreichen sind. Zugleich kursiert eine Verschwörungstheorie, nach der dieses Konzept dazu missbraucht werden solle, den Bewegungsradius der Menschen grundsätzlich auf diese Zonen zu begrenzen (vgl. dazu <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/15-minuten-staedte-von-der-vision-zur-verschwoerungstheorie,TX369PO>). Inzwischen hat diese Verschwörungstheorie sogar Anklang bei Mainstream-Konservativen im Vereinigten Königreich gefunden (vgl. <https://www.theguardian.com/cities/2023/oct/07/15-minute-cities-rishi-sunak-tories-conspiracy-theory>). Sie hat jedoch keinerlei faktische Grundlage.

darin, dass über die sozialen Medien eine koordinierte, aber verdeckte Einflussnahme versucht wird. Insofern müssen künftige Forschungsprojekte dieses Risiko mitdenken und von vornherein Mechanismen vorhalten, um auf entsprechende Entwicklungen unverzüglich reagieren zu können.

08 FAZIT UND AUSBLICK

Das Forschungsprojekt konnte die Perspektive von 125 Hamburger:innen auf das Thema städtische (Un-)Sicherheit einfangen. Auch wenn es sich nicht um eine repräsentative Erhebung handelt, sind die Ergebnisse durchaus aufschlussreich. Es zeigt sich recht deutlich, dass die Hamburger:innen den Begriff „Sicherheit“ in einem sehr weiten Sinne verstehen. Neben den zu erwartenden Forderungen nach einer verstärkten Polizeipräsenz und konsequenter Strafverfolgung wurde workshopübergreifend die Bedeutung nachbarschaftlicher Begegnungs- und Vernetzungsorte betont. Des Weiteren wurde auf die Notwendigkeit eines sozialen Ausgleichs in der Gesellschaft sowie die Vermeidung prekärer Lebens- und Wohnverhältnisse hingewiesen und die Gestaltung des öffentlichen Raumes – insbesondere im Blick auf Verkehrssicherheit, Barrierefreiheit und Beleuchtung – thematisiert. Ferner wurden Schutzräume für verschiedene Gruppen (von partnerschaftlicher Gewalt Betroffene, FLINTA* und Obdachlose) als wichtige Elemente einer sicheren Stadt für alle hervorgehoben. Die Teilnehmer:innen betonten zudem die Bedeutung ehrenamtlichen Engagements für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. In Bezug auf die konkrete Polizeiarbeit vor Ort wurde die Präsenz und Ansprechbarkeit von sogenannten bürgernahen Beamt:innen als Sicherheit vermittelnde Maßnahme wahrgenommen. Zugleich hoben die Teilnehmer:innen hervor, dass ihnen eine stärkere Sensibilisierung der Beamt:innen im Umgang mit marginalisierten Personen notwendig erscheint. Die Teilnehmer:innen sahen zudem die Notwendigkeit, Sozialarbeit vor Ort zu stärken, auch um bestimmte Situationen im Vorfeld polizeilicher Sachbearbeitung zu bewältigen.

Deutlich wurde im Rahmen der Workshops jedoch auch, dass es ein einheitliches Verständnis städtischer Sicherheit nicht gibt. Vielmehr äußerten unterschiedliche Gruppen spezifische Bedürfnisse. So wurden im Rahmen des Workshops für FLINTA* die besondere Vulnerabilität von queeren und trans* Personen erörtert und spezifische Angebote zum (Selbst-)Schutz gefordert. In den gemeinsam mit StoP durchgeführten Workshops wurde die Bedeutung von Schutzräumen vor partnerschaftlicher Gewalt ebenso wie die Notwendigkeit von Unterstützungsangeboten für Personen mit (familiärer) Migrationsgeschichte im Blick auf Sprachbarrieren betont. Die Schüler:innen wiederum brachten die Perspektive junger Menschen in die Workshops ein und äußerten das Bedürfnis nach einer Ansprache in verständlicher Form (Jugendsprache) sowie einer stärkeren Repräsentation ihrer Themen im politischen und gesellschaftlichen Diskurs. Sowohl in den Workshops mit StoP als auch in den Schul-Workshops und dem FLINTA*-Workshop wurde zudem hervorgehoben, dass es einer stärkeren Bekämpfung von strukturellem Rassismus, auch durch Sensibilisierungs- und Fortbildungsmaßnahmen, bedürfe. Der Workshop in Kooperation mit der Lebenshilfe verdeutlichte, dass Menschen mit intellektuell-kognitiven Behinderungen Sicherheit aus Routinen ziehen und deshalb unangekündigte städtebauliche Maßnahmen oder Veränderungen bei der Linienführung öffentlicher Verkehrsmittel als besonders herausfordernd erleben. Auch die Durchsetzung von Barrierefreiheit – etwa auf Gehwegen – wurde als wichtige Forderung formuliert.

Die Ergebnisauswertung zeigt recht deutlich, dass eine Erhöhung des Sicherheitsempfindens in hohem Maße von lokalen Maßnahmen abhängig ist. Dementsprechend kommt der konkreten Gestaltung der Stadtteile und der sicheren Finanzierung lokaler Initiativen besondere Bedeutung zu. Gerade in Zeiten multipler Krisen und Krisenerzählungen ist Entscheidungsträger:innen daher zu einer klaren Fokussierung auf bürger:innennahe Maßnahmen vor Ort zu raten. Diese können eine starke Demokratiebildung in Schulen und eine Stärkung demokratischer Grundwerte in der breiten Bevölkerung selbstverständlich nicht ersetzen. Allerdings schaffen sie die Vorbedingungen für eine gemeinsame Gesprächsbasis unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen und fördern somit den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Zeiten zunehmender Spaltungen.

09 PROJEKTTEAM UND KONTAKT

Projektleitung

Prof. Dr. Nina Perkowski, Juniorprofessorin für Soziologie, insbesondere Gewalt- und Sicherheitsforschung, Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Hamburg.

Prof. Dr. Aziz Epik, Juniorprofessor für Strafrecht, Internationales Strafrecht und Kriminologie, Fakultät für Rechtswissenschaft, Universität Hamburg.

Projektkoordination

Tabea Louis, Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt Räume der Sicherheit in unsicheren Zeiten: Eine sichere Stadt für alle, Universität Hamburg

Wissenschaftliche und studentische Hilfskräfte

Margarete Kleintges

Mara Papenhagen

Laura Reyes Pollak

Maria Tsantis

PROJEKTTEAM UND KONTAKT

Kontaktmöglichkeiten

Das Forschungsprojekt ist abgeschlossen. Sie erreichen uns aber weiterhin über die Sekretariate der Professuren von Prof.'in Perkowski und Prof. Epik.

Prof. Dr. Nina Perkowski
Juniorprofessur für Soziologie, insbesondere
Gewalt- und Sicherheitsforschung
Universität Hamburg
Fakultät für Wirtschafts- und
Sozialwissenschaften
Von-Melle-Park 5
20146 Hamburg
E-Mail: nina.perkowski@uni-hamburg.de

Prof. Dr. Aziz Epik
Juniorprofessur für Strafrecht, Internationales
Strafrecht und Kriminologie
Universität Hamburg
Fakultät für Rechtswissenschaft
Rothenbaumchaussee 33
20148 Hamburg
E-Mail: sekretariat-epik.jura@uni-hamburg.de